



KANTON URI

Projekt E-Government Uri

FÜR
Gemeinden

THEMA
E-Government Uri

NÄCHSTER SCHRITT
Konsensrunde · 18.06.2026



Was Sie auf den folgenden Folien erwartet

-
- I Begrüssung durch Landammann Daniel Furrer**

 - II Präsentation Studie und Konsensrunde, Silvia Gut, Marino Mathys**

 - III Beispiele aus der Praxis, Fabio Kleiner von Strub & Partner**

 - IV Schlusswort durch Timotheus Abegg, Präsident UGV**

 - V Fragen & Diskussion**

Apéro

Präsentation Studie und Konsensrunde

01 Ausgangslage

02 Gemeinsames Zielbild

03 Vier Gestaltungsfelder

04 Drei Umsetzungsszenarien

05 Kosten

06 Fahrplan

07 Vorgehen Konsensrunde

Worum es geht – Behördengänge online erledigen – einfach und sicher

E-Government heisst: Behördengänge sollen so einfach sein wie Online-Banking – sicher, digital und möglichst ohne Papier.

HEUTE

Auf die Gemeindeverwaltung kommen

Formular ausdrucken, Termin am Schalter, Brief per Post abwarten. Für jede Leistung ein anderer Weg.



KÜNFTIG

Jederzeit online – an einem Ort

Anliegen rund um die Uhr digital erledigen. Klar, verständlich und unabhängig davon, welche Stelle zuständig ist.

Wichtig: Der Schalter und das Telefon bleiben. Digital ist ein zusätzlicher Weg – kein Ersatz für den persönlichen Kontakt.

19 Gemeinden lösen heute dieselbe Aufgabe 19-mal

Ein Beispiel, das alle kennen: die Wohnsitzbescheinigung. Jede Gemeinde hat dafür ihre eigene Webseite, ihr eigenes Formular, ihren eigenen Ablauf.

19×

WEBSEITEN & FORMULARE

Für genau denselben Vorgang – aufgebaut und gepflegt von jeder Gemeinde einzeln.

19×

AUFWAND & KOSTEN

Jede Gemeinde investiert Zeit und Geld in dieselbe Lösung – nebeneinander statt miteinander.

1×

WÄRE NÖTIG

Einmal gemeinsam entwickeln – und alle 19 Gemeinden nutzen denselben, geprüften Service.

DIE IDEE

Ein gemeinsames Portal für Kanton und Gemeinden

Eine einzige, einfache Anlaufstelle im Internet – egal, ob das Anliegen die Gemeinde oder den Kanton betrifft.

Die Aufgaben sind klar verteilt – jede Ebene macht das, was sie am besten kann.

Niemand stemmt das allein!



Drei Gründe, warum Uri jetzt handeln muss

1 Kundenerwartungen

2 Gemeinsam statt 19 × einzeln – Effizienz durch Bündelung

3 Anschluss an nationale Entwicklungen nicht verpassen

Konsensrunde als Zwischenschritt

Auftrag Regierung

- Mit RRB vom 9. September 2025 wurde im Rahmen der Verwaltungsreform 25 die Massnahme «Förderung E-Government» beschlossen und von der IT-Infrastrukturfrage entkoppelt vorangetrieben.
- Erarbeitung der Grundlagen für ein einheitliches, kundenzentriertes Service-Portal, über das Bevölkerung und Unternehmen kantonale und kommunale Leistungen einheitlich beziehen können.

Zwischenschritt für Konsensfindung für die Gemeinden eingelegt

- Ursprünglicher Projektplan zu sportlich, da die Gemeinden mehr Zeit für Meinungsbildung brauchen.
- Eine Konsensrunde wird durchgeführt, damit im Anschluss eine tragfähige Strategie finalisiert werden kann.

Was Kanton und Gemeinden in den Workshops klar gesagt haben

Rund 80 Vertreterinnen und Vertreter, zwei Workshops, sieben übereinstimmende Erkenntnisse – sie prägen die Wahl der Varianten und das weitere Vorgehen.

- | | |
|--|---|
| 1 Gemeinden wollen gemeinsam umsetzen | 2 Direktionen wollen eigenständig umsetzen – brauchen aber einen Lead |
| 3 Bestehende Lösungen integrieren – nicht ersetzen | 4 Medienbruchfreie End-to-End-Prozesse |
| 5 «Digital first, nicht digital only» | 6 Paritätische Finanzierung akzeptiert – wenn Transparenz |
| 7 UGV als Koordinationsgefäss – mit operativer Ergänzung | |

GEMEINSAMES ZIELBILD AUS DEN WORKSHOPS

«Der Kanton Uri und seine Gemeinden stellen ihre Dienstleistungen gemeinsam über ein zentrales, kundenorientiertes Service-Portal bereit. Der Zugang zu Behördenleistungen ist einfach, sicher und schrittweise ausgebaut. Digitale Leistungen sind standardisiert, möglichst medienbruchfrei und über Gemeindegrenzen hinweg einheitlich nutzbar. E-Government entlastet die Verwaltung im Alltag und schafft sowohl für Einwohnende als auch für Behörden einen konkreten Mehrwert. Es gilt der Grundsatz: digital first, aber nicht digital only.»

ZENTRALER ZUGANG

SCHRITTWEISE

BESTEHENDES INTEGRIEREN

TRAGFÄHIGE ZUSAMMENARBEIT

MEHRWERT FÜR ALLE

DIGITAL FIRST, NOT ONLY

Ein breites Spektrum möglicher Entscheide

Die Studie bündelt die offenen Fragen in vier Gestaltungsfeldern.

1. Organisation & Governance

Auf drei Ebenen:

- kantonale Stelle
- Gemeindeorganisation
- gemeinsames Gefäss

2. Rechtliche Verankerung der Zusammenarbeit

Leistungsvereinbarung oder E-Government-Gesetz.

3. Technische Umsetzung

iGovPortal (interkantonal) oder Marktausschreibung WTO – Plattform-Wahl.

4. Finanzierung

Paritätisch & verbindlich oder eigenständig nach effektiver Nutzung.

Wer übernimmt auf kantonaler Seite den Lead?

Die Fachverantwortung bleibt bei den Direktionen. Gesucht ist die zentrale Stelle für Standards, Plattform und Befähigung.

VARIANTE A

Empfohlen für Uri-Grösse

Bestehende Strukturen weiterentwickeln

Standeskanzlei (methodische Steuerung) und Amt für Informatik (Plattform/Betrieb) erhalten ein klares Mandat und zusätzliche Ressourcen.

Nutzung bestehender Kompetenzen, schlanke Organisation

Zusätzliche Stellenprozente in beiden Stellen erforderlich

VARIANTE B

Eher für grössere Kantone

Eigenständige Geschäftsstelle E-Government

Neue Organisationseinheit mit eigener Leitung, Budget und Team – E-Government als primäre Aufgabe.

Klare Fokussierung auf das Thema

Zusätzliche Schnittstellen zu bestehenden Stellen

Verhältnismässigkeit für Kanton Uri kritisch zu prüfen

Wer übernimmt auf kommunaler Ebene den Lead?

Die Gemeinden erwarten eine eigene Stimme, aber keine neue Parallelorganisation. Der Urner Gemeindeverband übernimmt die strategische Koordination, eine Fachkommission steuert die Inhalte.

VARIANTE A UGV-Modell (Fachkommission)

Steuerung durch Fachkommission im UGV, operative Umsetzung extern

Eine Fachkommission getragen vom UGV übernimmt die Verantwortung in der gemeinsamen Koordination und Umsetzung von kommunalen Services.

Die operative Arbeit wird extern eingekauft.

Nutzung bestehender Strukturen
Schlank und rasch umsetzbar

VARIANTE B Operative Umsetzung beim Kanton

Nutzung kantonaler Strukturen

Die operativen Aufgaben für die Gemeinden werden in die Strukturen des Kantons eingegliedert.

Wahrnehmung Autonomieverlust
Kurze Abstimmungswege

Regelung Zusammenarbeit Gemeinden mit Kanton

VARIANTE A Leistungsvereinbarung

Regelung über vertragliche Vereinbarungen zwischen Kanton und Gemeinden

- 👍 Hohe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit
- 👍 Geringes politisches Risiko
- 👍 Entspricht Praxis anderer Kantone

- 👎 Bindet nur teilnehmende Gemeinden
- 👎 Keine Durchsetzbarkeit bei fehlender Mitwirkung
- 👎 Geringere langfristige Verbindlichkeit

VARIANTE B E-Government-Gesetz (eGovG)

Formelle gesetzliche Grundlage für Zusammenarbeit, Finanzierung und Governance

- 👍 Hohe Verbindlichkeit und Rechtssicherheit
- 👍 Klare Regelung von Zuständigkeiten und Finanzierung
- 👍 Starke Legitimation

- 👎 Gefahr einer Blockade
- 👎 Risiko der Überregulierung

Kanton braucht Gesetz, da Gesamtausgaben > 1 Million Franken. Es ist in jedem Fall eine **Volksabstimmung** nötig. Der Bewilligungsweg führt über Regierungsrat → Gesetz und Verpflichtungskredit → Landrat → Volksabstimmung.

Technische Umsetzung - Architektur in drei Bausteinen

Das Service-Portal bildet den einheitlichen Zugang. Backend Kanton und Backend Gemeinden hängen über Schnittstellen daran und integrieren bestehende Fachapplikationen.

FRONTEND FÜR EINWOHNENDE UND UNTERNEHMEN

Service-Portal

Einheitlicher Zugang · Suche · AGOV/E-ID · «mein Konto» · Nachrichten · Bezahlung

VARIANTE A Vorbild SO, FR, JU, SG, SZ, GL

iGovPortal · Trägervereinbeitritt

Bewährt & schweizspezifisch (eCH, AGOV)
Kostenteilung über Trägerschaft
Rasche Einführung dank Funktionsbasis
Geringerer Gestaltungsspielraum bei Uri-spezifischen Anforderungen

VARIANTE B WTO-konforme Ausschreibung

Andere Portallösungen am Markt

Echter Marktwettbewerb · passgenau
Flexibilität beim Betriebsmodell
Höhere Verhandlungsmacht
Aufwändiger Beschaffungsprozess
Weiterentwicklung allein durch Uri zu finanzieren

STANDARDISIERTE SCHNITTSTELLEN

BACKEND KANTON
Direktionen & Ämter

BACKEND GEMEINDEN
19 Urner Gemeinden

Finanzierung



Kooperativ – Solidarisch – Rechtssicher

★ EMPFEHLUNG RR

SZENARIO 1 - PRAGMATISCH

Kooperativ: «Gemeinsam ohne Druck starten»

- Freiwillige Teilnahme der Gemeinden
- Kanton mit Gesetz
- Zusammenarbeit zwischen Kanton und den teilnehmenden Gemeinden mit einer Vereinbarung
- Portalkosten durch Kanton finanziert
- Kosten auf Ebene Gemeinden auf die teilnehmenden Gemeinden verteilt

SZENARIO 2 - GEMEINSAM

Solidarisch: «Gemeinsam zahlen – Nutzung freiwillig»

- Verbindliche Finanzierung aller Gemeinden via Gemeinderatsbeschluss
- Kanton mit Gesetz
- Zusammenarbeit zwischen Kanton und den teilnehmenden Gemeinden mit einer Vereinbarung
- Portalkosten paritätisch finanziert
- Kosten auf Ebene Gemeinden auf alle 19 Gemeinden verteilt

SZENARIO 3 - FORMAL

Rechtssicher: «Gemeinsam umsetzen – mit klaren Regeln»

- Gesetzliche Verankerung von Zusammenarbeit, Finanzierung und Governance von Beginn an
- verbindliche finanzielle Beteiligung und Nutzung aller Gemeinden
- Portalkosten paritätisch finanziert

Referenzrechnung	Investitionen / einmalige Kosten	Jährlich wiederkehrende Kosten
Positionen Stufe Kanton (Topf 1)		
Beschaffung Backend-Lösung	40'000 Franken	
Projektumsetzung Backend inkl. Integration Services	300'000 Franken	
Betrieb, Unterstützung der Direktionen (inkl. 2 FTE)		400'000 Franken
Total Topf 1	340'000 Franken	400'000 Franken
Positionen Stufe Service-Portal (Topf 2)		
Beitritt Verein iGovPortal	150'000 Franken	
Beschaffung Portallösung (inkl. Projektumsetzung)	600'000 Franken	
Jahresbeitrag iGovPortal sowie Betrieb / Support		100'000 Franken
Total Topf 2	750'000 Franken	100'000 Franken
Positionen Stufe Gemeinden (Topf 3)		
Aufbau Organisation auf Stufe Gemeinden	40'000 Franken	
Beschaffung Backend-Lösung	40'000 Franken	
Projektumsetzung Backend inkl. Integration Services	260'000 Franken	
Betrieb, Unterstützung der Gemeinden		200'000 Franken
Total Topf 3	340'000 Franken	200'000 Franken

Berechnungsbeispiel Belastung Gemeinden

- Szenario 1:
ca. **7 Franken** jährlich pro Einwohnerin, Einwohner
- Szenario 2 und 3:
ca. **10 Franken** jährlich pro Einwohnerin, Einwohner
- Die Angaben basieren auf einer Grobschätzung.
- Für die Berechnungsbeispiele im Anhang der Studie (Kapitel 9.4) wird mit **8 Franken** (Szenario 1) bzw. **11 Franken** (Szenario 2 und 3) gerechnet.

Berechnung Beiträge je Gemeinde

Kosten pro Jahr

Positionen Stufe Service-Portal (Topf 2)

Einmalige Kosten (50% von 750'000 Franken) auf 5 Jahre verteilt	75'000 Franken
Jährlich wiederkehrende Kosten (50% von 100'000)	50'000 Franken
Total Kosten Topf 2 für alle Gemeinden	125'000 Franken
Total Kosten Topf 2 pro Einwohnerin, Einwohner	≈ 3.30 Franken

Positionen Stufe Gemeinden (Topf 3)

Einmalige Kosten von 340'000 Franken auf 5 Jahre verteilt	68'000 Franken
Jährliche Kosten Betrieb, Unterstützung	200'000 Franken
Total Kosten Topf 3	268'000 Franken
Total Kosten Topf 3 pro Einwohnerin, Einwohner	≈ 7.00 Franken

Berechnungsbeispiel Belastung Gemeinden

Gemeinde	Einwohner	Kosten Szenario 1 bei 8 Franken	Kosten Szenario 2 & 3 bei 11Franken
Altdorf	10'459	83'672	115'049
Andermatt	1'578	12'624	17'358
Attinghausen	1'787	14'296	19'657
Bürglen	3'901	31'208	42'911
Erstfeld	3'961	31'688	43'571
Flüelen	2'071	16'568	22'781
Göschenen	458	3'664	5'038
Gurtellen	487	3'896	5'357
Hospental	180	1'440	1'980
Isenthal	459	3'672	5'049
Realp	149	1'192	1'639
Schattdorf	5'501	44'008	60'511
Seedorf	2'058	16'464	22'638
Seelisberg	736	5'888	8'096
Silenen	2'037	16'296	22'407
Sisikon	395	3'160	4'345
Spiringen	881	7'048	9'691
Unterschächen	746	5'968	8'206
Wassen	431	3'448	4'741
Total	38'275	306'200	421'025

Von der Konsensrunde bis zur Inkraftsetzung

Der zeitliche Fahrplan ist szenariounabhängig. Inhaltlich wird die gesetzliche Grundlage je nach gewähltem Szenario unterschiedlich ausgestaltet.

PHASE 1 · JUN – NOV 26

Konsensrunde

- 18.06.2026** Start Konsensrunde
- 18.09.2026** Rückmeldungen Gemeinden & Kanton
- 23.10.2026** UGV-Herbsttagung
- 24.11.2026** RR-Beschluss Szenario

PHASE 2 · DEZ 26 – FEB 27

Vernehmlassung

- 01.12.2026** Start Vernehmlassung
eGov-Gesetz
- 28.02.2027** Ende Vernehmlassung

PHASE 3 · JUN – NOV 27

Landrat & Volk

- 23.06.2027** Erste Lesung Landrat
- 25.08.2027** Zweite Lesung Landrat
- 28.11.2027** Kantonale Abstimmung

PHASE 4 · AB JAN 28

Realisierung

- 01.01.2028** Inkraftsetzung
- 01.01.2028** Aufbau Organisation, Start
Realisierungsphase

WAS JETZT ANSTEHT

Ihre Rückmeldung zählt

1. Unterstützt Ihre Gemeinde die gemeinsame Weiterentwicklung des E-Governments zusammen mit dem Kanton Uri im Rahmen der erarbeiteten Leitprinzipien?

Studie Kapitel 4 Kantons- und Gemeindeworkshop – Gemeinsames Zielbild

- ☐ JA
- ☐ JA, mit Vorbehalt
- ☐ NEIN

Begründung

2. Ist Ihre Gemeinde bereit, sich finanziell an einer gemeinsamen E-Government-Lösung zu beteiligen?

- ☐ JA
- ☐ JA, mit Vorbehalt
- ☐ NEIN

Begründung

3. Welches Szenario unterstützt Ihre Gemeinde?

Studie Kapitel 7 Umsetzungsszenarien

- ☐ Szenario 1 **Kooperativ:** «Gemeinsam ohne Druck starten»
- ☐ Szenario 2 **Solidarisch:** «Gemeinsam zahlen – Nutzung freiwillig»
- ☐ Szenario 3 **Rechtssicher:** «Gemeinsam umsetzen – mit klaren Regeln»
- ☐ Keines der drei Szenarien wird unterstützt.

Begründung

4. Damit die Gemeinden zusammen einheitliche Services erstellen können, ist die Zusammenarbeit unter den Gemeinden zu regeln.

Studie Kapitel 6.1.3 Organisationsformen für die Koordination der 19 Gemeinden

- ☐ Variante A: UGV-Modell (Fachkommission)
- ☐ Variante B: Nutzung kantonaler Strukturen
- ☐ Keine der Varianten

Begründung

5. Weitere allgemeine Rückmeldungen

WAS JETZT ANSTEHT

Ihre Rückmeldung zählt

Die Konsensrunde ist keine Formsache. Ihre Rückmeldungen bestimmen, welcher Weg dem Regierungsrat zum Entscheid vorgelegt wird.

18.06.2026

Start der Konsensrunde mit den
Gemeinden

18.09.2026

Ihre Rückmeldung bzw.
Gemeinderatsbeschluss

23.10.2026

Vorstellung Auswertung
Konsensrunde an der UGV-
Herbsttagung

24.11.2026

Regierungsrat entscheidet über
den Weg.

REDEN WIR DARÜBER

Gemeinsam machen wir Uri digital einfacher.

Ein Portal, ein einfacher Zugang, faire Beteiligung – und Ihre Gemeinde gestaltet mit.

18.06.

START KONSENSRUNDE

18.09.

IHRE RÜCKMELDUNG

24.11.

ENTSCHEID REGIERUNGSRAT

Der Nutzen des Projekts im Überblick

Die gemeinsame Plattform bringt den Urner Gemeinden und ihrer Bevölkerung messbaren Mehrwert – im Alltag, in der Verwaltung und bei den Finanzen.

19→1

EINE PLATTFORM

Statt 19 Einzellösungen entwickeln und betreiben alle Urner Gemeinden gemeinsam eine Plattform.

5'000

Bestellungen / MONAT

So oft werden kommunale Online-Services im Kanton Aargau genutzt – die Bevölkerung nimmt digitale Angebote an.

24/7

ERREICHBAR

Behördenleistungen rund um die Uhr, mobil und ohne Wartezeit am Schalter.

Mehrwert für Bevölkerung und Verwaltung

Drei Vorteile, die im Alltag und in der Verwaltung unmittelbar spürbar werden.

1

Einfacher Zugang

Alle Leistungen von Kanton und Gemeinde an einem digitalen Ort – rund um die Uhr, mobil und ohne durchforsten der verschiedenen Webseiten.

2

Effizientere Prozesse

Online-Bestellungen fliessen direkt in die Fachapplikation der Gemeinde. Keine doppelte Erfassung, kein Medienbruch.

3

Gemeinsame Infrastruktur

Bezahlung, elektronische Zustellung und sicherer Login als geteilte Basisdienste – auch für kleine Gemeinden ohne IT-Abteilung.

Gemeinsam stärker und wirtschaftlicher

Drei Vorteile, von denen besonders kleine Gemeinden langfristig profitieren.

4

Gebündeltes Fachwissen

Erprobte Lösungen einer Gemeinde stehen allen zur Verfügung – keine doppelte Entwicklungsarbeit.

5

Zukunftsfähigkeit

Die Bevölkerung erwartet digitale Behörden. Die Plattform schafft die Grundlage, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten.

6

Wirtschaftlichkeit

Kosten einmal tragen statt 19-fach – professionelle Lösungen zu einem Bruchteil der Kosten für jede Gemeinde.

«Einmal entwickeln, mehrfach nutzen.»

Gemeinsam digitalisieren

Als Gemeinde sind wir überzeugt, dass die Digitalisierung kommunaler Services nur gemeinsam gelingt. Wir setzen uns für eine funktionierende Zusammenarbeit unter den **104 Solothurner Gemeinden** ein, mit standardisierten Lösungen nach dem Prinzip «einmal entwickeln, mehrfach nutzen», einer fairen Finanzierung und einer starken Verankerung in bestehenden Strukturen.

Kantonale Integration

Gleichzeitig wollen wir eng mit dem Kanton zusammenarbeiten, damit kommunale Services nahtlos in das **kantonale Service-Portal** integriert werden und alle Einwohnerinnen und Einwohner über einen zentralen Zugang verfügen, bei dem die Gemeinden als **gleichwertige Partner** mit echter Mitbestimmung eingebunden sind.



Michael Steiner

Verwaltungsleiter & Gemeindeschreiber
Dulliken
Co-Präsident Fachkommission
Digitalisierung